

MENSCHENRECHTE
MISSACHTEN?

ZWANGSMASSNAHMEN
FÜR KINDER
AB 12 JAHREN?

9 MONATE HAUSARREST
FÜR DICH AUF BLOSSEN
VERDACHT HIN?



ÜBER 60 RECHTSPROFESSOREN WARNEN VOR DEM GEFÄHRLICHEN POLIZEISTAAT-GESETZ

Die Schweiz würde nicht einmal mehr die Menschenrechte wahren, falls dieses Gesetz angenommen wird, wie die UNO bereits mitteilte.

Das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ist gefährlich und unnötig.

Das ist ein Flyer von den Verfassungsfreunden!

Freiheit ist die unerlässliche Voraussetzung für das Glück des Menschen. Doch die Freiheit und die Demokratie sind in Gefahr. Sie werden bedroht von einer immer engeren Verflechtung von Staat und Konzernen. Staat und Konzerne misstrauen dem Bürger, sehen die Bevölkerung als Gefahr und wollen immer mehr Kontrolle.

Wir leben in aussergewöhnlichen Zeiten und haben grosse Herausforderungen zu meistern. Die Schweiz braucht Freunde. Wir sind die Freundinnen und Freunde der Verfassung.
www.verfassungsfreunde.ch

Die Verfassungsfreunde unterstützen:

Freundinnen und Freunde der Verfassung
3000 Bern
Postfinance
IBAN CH27 0900 0000 1553 2003 7

Mitglied werden: www.verfassungsfreunde.ch/mitmachen

~~POLIZEISTAAT-
GESETZ (PMT)~~

13. JUNI

Nein!

DER BUNDESRAT VERBREITET UNWAHRHEITEN ZUM POLIZEISTAAT-GESETZ (PMT)!

UNWAHRHEIT 1

Der Bundesrat behauptet, die Terrorismusdefinition im Nachrichtendienstgesetz sei identisch mit jener im neuen Willkürgesetz. Nils Melzer von der UNO klärt auf: «Das ist nicht korrekt. Die Definition im Polizeistaat-Gesetz ist viel weiter gefasst!»

UNWAHRHEIT 2

Der Bundesrat vergleicht die Terror-Definition im PMT mit den existierenden Massnahmen gegen Hooliganismus. Dazu Nils Melzer von der UNO: «Dieser Vergleich ist unhaltbar! Gegen Hooligans kann erst vorgegangen werden, wenn diese bereits straffällig wurden. Das PMT erlaubt hingegen Massnahmen, ohne dass eine Tat auch nur geplant ist.»

UNWAHRHEIT 3

Der Bundesrat behauptet, das PMT sei mit den Menschenrechten vereinbar. UNO-Melzer stellt klar: «Die Menschenrechtsbeauftragte des Europarates warnt, dass das Gesetz in etlichen Punkten nicht den Menschenrechten entspricht.»

Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ist zur Bekämpfung von Terrorismus komplett ungeeignet. Mit diesem Gesetz kann die Polizei keinen einzigen Anschlag verhindern. Stattdessen können mit diesem Gesetz Unschuldige eingesperrt werden! Wer sich friedlich politisch engagiert, kann mit dem neuen PMT-Gesetz jederzeit grundlos und völlig legal kriminalisiert werden.

UNWAHRHEIT 4

Der Bundesrat behauptet, dass das PMT entschlossene Terroristen von einem Anschlag abhalten könne. Nils Melzer von der UNO klärt auf: «PMT-Massnahmen dürfen erst ergriffen werden, nachdem therapeutische Massnahmen gescheitert sind. Das klassische Strafrecht greift schneller.»

SIND KLIMADEMONSTRANTEN GEFÄHRDERT?

Tina, 18 Jahre alt, wird der Kontakt zu ihrer Mutter verboten. Sollte Tina gegen das Kontaktverbot verstossen, drohen ihr 3 Jahre Einzelhaft. Der Grund für diese Massnahme: Sie hat an einer Demonstration gegen den Klimawandel teilgenommen. Ein absurdes Szenario. Doch das neue Polizeistaat-Gesetz, welches eigentlich den Terror bekämpfen soll, macht genau dies möglich. Und die meisten Massnahmen in diesem Gesetz gelten sogar für Kinder ab 12 Jahren.

BESTEHENDE GESETZE REICHEN AUS!

Wer einen Anschlag plant, kann schon heute verhaftet, verurteilt und eingesperrt werden. Die Behörden verfügen ausserdem bereits heute über die Möglichkeit, potenzielle Gefährder zu beschatten, abzuhören und festzunehmen. Das ist gut so und soll so bleiben.



Marion Russek, Co-Präsidentin Verfassungsfreunde, Unternehmerin, Steinhausen

Der Begriff 'Gefährder' ist frei interpretierbar und kann auf jeden Menschen mit einer anderen Meinung angewendet werden. **Inakzeptabel!**



Carla Wicki, Co-Präsidentin Mass-Voll!, angehende Juristin

Das PMT gefährdet unsere rechtsstaatliche Ordnung wie noch kein Gesetz zuvor. Die Gewaltenteilung wird abgeschafft und der Rechtsstaat ausgehöhlt. **Darum ein Nein am 13. Juni!**



Prof. Nils Melzer, UNO-Sonderberichterstatter für Folter

Achtung! Was uns der Bundesrat verschweigt: **1.** PMT schützt nicht vor Terrorismus. **2.** PMT dient fremden Geheimdiensten. **3.** PMT verletzt Verfassung und Demokratie. **4.** PMT bringt Polizeistaat durch die Hintertür.

Schauen Sie rein in das Videointerview mit Prof. Nils Melzer zum Polizeistaat-Gesetz!

